

Ist das noch unsere Heimat?



Foto: Dirk Vorderstraße / flickr / CC BY 2.0 (Ausschnitt)



© Superbass / CC BY-SA-3.0 (via Wikimedia Commons) (Ausschnitt)

Seit dem Jahr 2000 wurden in Deutschland 500 christliche Gotteshäuser aufgegeben. Inzwischen gibt es dafür 2.750 Moscheen.

Das offene Wort

Was ist Heimat?

Viele Bücher und lange Betrachtungen gibt es darüber. Zum Bild der Heimat, in der man sich wohlfühlt, gehören die Landschaften, die Straßen und Plätze, die Menschen um einen herum – und eben auch die Kirchen.

Sie sind Zeugnisse der Baukunst und der Kultur unserer Vorfahren, die zu erhalten sind und die zu unserer Heimat gehören.

Für viele gehören auch die christlichen Werte dazu, die aber von den dem Zeitgeist verfallenen christlichen Kirchen von heute mit Füßen getreten werden.

Statt »Liebe Deinen Nächsten« predigen sie heute »Liebe die Fremden«, die unsere Heimat gefährden.

Der Mediendirektor des Erzbistums Köln, ein Herr *Dr. Ansgar Mayer*, lieferte dafür nach dem Wahlerfolg der AfD als stärkste Partei in Sachsen den bisherigen Tiefpunkt:

»Tschechien, wie wär's: Wir nehmen Euren Atommüll, Ihr nehmt Sachsen?«

Wir hielten diese Veröffentlichung zuerst für eine der vielen »Fake News«. Auf unsere Anfrage beim Erzbistum Köln wurde aber mit Schreiben vom 24.10.2017 der Wahrheitsgehalt der Meldung höchstoffiziell bestätigt. Es habe sich aber um eine »persönliche Äußerung« gehalten.

Auf christliche Kirchen mit solchen führenden »Persönlichkeiten« kann ich aber in meiner Heimat verzichten, meint

Ihre Sabine Möller



Geht unsere Heimat mehr und mehr den Bach runter?

Seit Jahrzehnten erleben wir eine Veränderung der deutschen Seele und unserer Heimat. Mittlerweile ist es so weit gekommen, daß die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, *Aydan Özoğuz* (SPD), sogar die Existenz einer spezifisch deutschen Kultur bestreitet.

Nun werden wir Zeugen, wie der Bau von Moscheen in Deutschland amtlich unterstützt wird, während die christlichen Kirchen mehr und mehr wegen Geldmangels verschwinden.

Über die aktuelle Anzahl der Moscheen in Deutschland gibt es keine offiziellen Zahlen. Es existieren weder amtliche Verzeichnisse noch Verbands-Register. *ZEIT ONLINE* schätzte die Anzahl im Juli 2016 auf 2.750, Tendenz steigend. Gleichzeitig erleben wir, wie allein seit dem Jahr 2000 mehr als 500 Kirchen aufgegeben wurden.

Man kann zur christlichen Religion stehen wie man mag. Fakt ist, sie hat das Bild Europas und unserer Heimat geprägt und unser Leben mitgestaltet. Das Christentum gehört – im Gegensatz zum Islam – zu Deutschland und

christliche Kirchen gehören – im Gegensatz zu Moscheen – zu unserer Heimat!

ZUM NACHDENKEN:

»In Deutschland gibt es mittlerweile etwa 2.700 Moscheen [...] Der Verfassungsschutz geht von etwa 100 salafistischen Moscheevereinen und Gruppen aus, die unter direkter geheimdienstlicher Beobachtung stehen. Dem islamistischen Spektrum zuzurechnen sind allerdings weit mehr Moscheevereine, die zwar nicht alle ständig beobachtet werden, aber deren Dachverbände als gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung gerichtet angesehen werden.«

Sascha Adamek, Journalist und Filmmacher für die *ARD*, in seinem Buch »Scharia Kapitalismus«



Fotos: DITIB - Own work / CC BY-SA 3.0 (jeweils in Ausschnitten)

Die Kapernaumkirche ist eine ehemalige evangelische Kirche in Hamburg. Im November 2012 wurde das Gebäude an den Moscheeverein Islamisches Zentrum Al-Nour e.V. verkauft und zur Moschee umgebaut.

Noch immer Steuer- gelder für Islamisten

Die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DİTİB) gilt als der lange Arm Erdogans und untersteht amtlich dem türkischen Innenministerium. Sie habe den Auftrag, die Integration der Türken in Deutschland zu verhindern, so der Politikwissenschaftler und Nahost-Experte *Bassam Tibi*.

Die Medien berichten wiederholt über die Zusammenarbeit des türkischen Geheimdienstes mit der DİTİB. Im vergangenen Jahr wurden Vorwürfe bekannt, wo-

nach DİTİB-Imame Landsleute bespitzelt haben sollen. DİTİB-Imame wiederum werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Trotzdem ist dieser Verein als gemeinnütziger Verein beim Amtsgericht Köln eingetragen.

Die DİTİB-Zentrale in Köln sowie die Teilverbände erhielten von der Bundesregierung – also vom deutschen Steuerzahler – in den Jahren 2016 und 2017 4,74 Millionen Euro Finanzhilfen.

Die Bundesregierung verkündete im Oktober 2017, daß die Fördermittel an DİTİB wegen ihrer Nähe zum türkischen Staat im kommenden Jahr deutlich verringert werden sollen.

Deutlich verringert? Einem *Erdogan*-treuen Verein, der mit dem türkischen Geheimdienst zusammenarbeiten soll, somit wohl in Deutschland spioniert und vom Verfassungsschutz

845.000 Euro für Moscheebau

»Ich hoffe, daß die Moscheen auch stadtbildprägend sein werden und später einmal Baudenkmäler«.

Mit diesen Worten zeigte der Bürgermeister von Monheim, *Daniel Zimmerman*, seinen Enthusiasmus zur Förderung des Moscheebaus in Monheim mit 845.000 Euro durch die Stadt.

Vertragspartner bei diesem Förderobjekt ist der von der Türkei gesteuerte islamische Dachverband DİTİB.

Wir sagen NEIN zum Mißbrauch unserer Heimat durch Islamextremisten!

beobachtet wird, darf keinen Cent vom deutschen Steuerzahler bekommen!

Die Frage ist nicht wieviel, sondern warum überhaupt deutsches Geld für Islamisten!



Motiv als Aufkleber bestellbar

MILLIONEN FÜR DIE DITIB!

500 Millionen Euro für Umvolkung

Während uns die deutschen Politiker bis zur Bundestagswahl vorgaukelten, die sogenannte Flüchtlingskrise im Griff zu haben, wurde bereits in Brüssel die nächste Einwanderungswelle nach Europa vorbereitet. **Am 27. September veröffentlichte die Europäische Kommission ein Papier »zur entschlosseneren, wirksameren und gerechteren Migrations- und Asylpolitik der EU«.**

Diese scheinbar harmlose Überschrift steht für nichts anderes, als für die vollständige Kapitulation europäischer Politik vor der systematischen Einwanderung kulturfremder Völker. Im besten Fall kann man den handelnden Politikern Hilflosigkeit und Unfähigkeit unterstellen. Wahrscheinlicher jedoch ist die systematische und gewollte Umwandlung Europas in einen Vielvölkerbrei.

Nicht nur, daß weiterhin die Einwanderung aus Afrika in den europäischen Raum unvermindert anhält, diese Landnahme soll in den nächsten zwei Jahren auch noch mit 500 Millionen Euro gefördert werden!

Unter dem Punkt »Legale Einreisemöglichkeiten verbessern: mindestens 50.000 neue Plätze zur Neuansiedlung« empfiehlt die Kommission: **»ein neues EU-Neuansiedlungsprogramm, um in den kommenden zwei Jahren mindestens 50.000 der Menschen, die internationalen Schutzes besonders dringend bedürfen, nach Europa zu bringen.«**

»Das neue System wird bis Oktober 2019 eingeführt werden und auf den derzeitigen erfolgreichen Neuansiedlungsmechanismen aufbauen, die nun – nachdem mehr als 23.000 Menschen durch sie in der EU ein neues Zuhause gefunden haben – auslaufen.

Die Kommission hat 500 Millionen Euro zur Unter-

stützung der Neuansiedlungsbemühungen der Mitgliedstaaten bereitgestellt.

Die Neuansiedlung aus der Türkei und dem Nahen Osten muß fortgesetzt werden. Zugleich sollte aber die Neuansiedlung gefährdeter Menschen aus Nordafrika und vom Horn von Afrika stärker in den Fokus rücken, vor allem aus Libyen, Ägypten, Niger, Sudan, Tschad und Äthiopien. Dies wird zur weiteren Stabilisierung der Migrationsströme entlang der zentralen Mittelmeerroute beitragen und insbesondere dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) helfen, einen Mechanismus für die Notevakuierung aus Libyen einzuführen«.

Im Klartext: Durch die von den USA angezettelten Kriege und die damit einhergehende katastrophale Lage für die Zivilbevölkerung in diesen Ländern ist Europa bereits lange vor Ausbruch der Flüchtlingskrise zum geplanten Fluchtziel geworden.

Aber es kommt noch besser: **»Zudem will die Kommission die Mitgliedstaaten ermutigen, private Patenschaften einzurichten, die es privaten Gruppen oder**

zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglichen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften Neuansiedlungen zu organisieren und zu finanzieren. Dazu hat die Kommission das EASO [European Asylum Support Office – Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen, d.Red.] ersucht, mit interessierten Mitgliedstaaten ein Pilotprojekt zu privaten Patenschaften zu koordinieren.«



**EU =
Europas Unglück**

Unabhängige Nachrichten
www.un-nachrichten.de

Motiv als Aufkleber bestellbar

Dies muß man erst einmal sacken lassen. Obwohl die sogenannten NGOs (Nichtregierungsorganisationen) bereits jetzt über eine ungeheure, unkontrollierbare Macht verfügen, werden sie von der EU-Kommission noch ermuntert, an ihren Regierungen vorbei »private Patenschaften« zu übernehmen. Dies könnte z.B. bedeuten, daß der Großinvestor Georg Soros unter dem Deckmantel einer willigen – und davon gibt es leider mehr als genug – NGO große Landstriche in Deutschland kaufen läßt, um dort Schwarzafrikaner anzusiedeln. Dies wäre dann eine »private Patenschaft«. Klingt verrückt, ist aber bei einer zukünftigen »Jamaika-Koalition« ein denkbare Szenario.

Die Umvolkung Deutschlands und Europas ist im vollen Gange.

Die Deutschen müssen sich »von dem Bild einer Nation lösen, die sehr homogen ist, in der fast alle Menschen Deutsch als Muttersprache haben, überwiegend christlich sind und hellhäutig.«

Der ehem. Bundespräsident Joachim Gauck in einem Gespräch mit dem Bonner General-Anzeiger, 28.8.2015

Kurzmeldungen

Viel Wind = teurer Strom

In den letzten Wochen und Monaten konnte man beobachten, was mit den immer mehr und schneller aufgebauten Windrädern bei stürmischem Wetter passiert: ein Großteil der Windräder steht still.



Foto: Pantona / CC BY-SA 4.0 (Ausschnitt)

Der Grund ist simpel: die Anlagen erzeugen mehr Energie als die Stromnetze aufnehmen können, also werden sie abgeschaltet.

Den Betreibern entsteht dadurch jedoch kein wirtschaftlicher Schaden. Sie erhalten garantierte Entschädigungszahlungen für den nicht erzeugten Strom!

Diese Zahlungen summierten sich im Jahr 2016 auf 643 Millionen Euro.

Diese Kosten werden über die Netzentgelte auf den Endverbraucher umgelegt. Allein diese Netzentgelte machen mehr als ein Viertel des Strompreises aus. Eine drastische Erhöhung für das kommende Jahr haben die Netzbetreiber bereits angekündigt.

Kein Wunder, daß Deutschland auch beim Strompreis Weltklasse ist.

DDR 2.0

Auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei mußte die Bundesregierung zugeben, daß allein bei der *Deutschen Post AG* etwa 1.500 Mitarbeiter Überwa-

chungsmaßnahmen für die deutschen Geheimdienste und den Verfassungsschutz durchführen. Bei diesen Kräften handele es sich sowohl um leitende Mitarbeiter als auch operativ Tätige, die die Postsendungen selektieren und den entsprechenden Stellen zuführen.

Das nennt man dann wohl: »Betreute Kommunikation«.

»Bald schon wird Deutschland jährlich 50 Milliarden für Flüchtlinge und ihren Familiennachzug ausgeben. Der kleine Mann weiß: Diese Gelder müssen irgendwo herkommen.«

Thilo Sarrazin
St. Galler Tagblatt, 30.9.2017

50 Prozent der Hartz-IV-Empfänger sind Ausländer

Die Zahl der ausländischen Hartz-IV-Empfänger liegt bei fast zwei Millionen. Bei einer Gesamtzahl von 4,4 Millionen Hartz-IV-Empfängern im Jahr 2017 macht dies rund 50 Prozent aus – nicht eingerechnet Migranten mit deutschem Paß. Dies ist ein Anstieg von 25 Prozent allein in einem Jahr. Bei Gesamtkosten für Hartz-IV-Leistungen von etwa 40 bis 45 Milliarden Euro pro Jahr entfallen demnach rund 20 Milliarden Euro auf ausländische Bezieher.

Die Rechnung von *Thilo Sarrazin*, daß uns der Flüchtlingsstrom der letzten Jahre mittelfristig 50 Milliarden Euro pro Jahr kosten wird, ist leider realistisch – und der Familiennachzug beginnt erst! Aber die Mehrheit der Deutschen hat ja bei der Bundestagswahl mal wieder für eine derartige Fehlpolitik gestimmt.



Zensur? – gibt es bei der ARD doch nicht!

Ist auch gar nicht notwendig! 70 Jahre Umerziehung haben dafür gesorgt, daß unsere Medienverantwortlichen auch ohne Fingerzeig wissen, wie sie zu spuren haben.

Wie die *Sächsische Zeitung* in ihrer Online-Ausgabe vom 26.10.2017 berichtet, wurde der Dresdner »Tatort« »überarbeitet«. Allein die Formulierung »überarbeitet« könnte direkt aus dem Wahrheitsministerium stammen.

In der Urfassung zeigte der »Tatort« eine Gruppe von Männern mit PEGIDA-Symbolen auf ihrer Kleidung, die einen Rollstuhlfahrer am Selbstmord hindern.

Dies geht überhaupt nicht! Menschen mit »rechter« Gesinnung, die Behinderten helfen, passen nicht in das gängige Klischee. Also wurden die Abzeichen entfernt.

Wir sind schon froh, daß die PEGIDA-Abzeichen nicht durch Antifa-Symbole ersetzt wurden – man wird ja bescheiden.

Ist das das Land, »in dem wir gut und gerne leben«?

FRAGEN SIE DOCH MAL IHRE NACHBARN!



Meinungsfreiheit an der Uni?

Das geht ja gar nicht!

Die Goethe-Universität in Frankfurt mußte einen für den 26.10.2017 geplanten Vortrag des Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), *Rainer Wendt*, zum Thema »Polizeialltag in der Einwanderungsgesellschaft« kurzfristig absagen. Laut Polizeigewerkschaft heißt es in der Begründung, es gebe hinsichtlich der Veranstaltung Sicherheitsbedenken. Man rechne mit einem möglicherweise eskalierenden Protest linksalternativer Gruppierungen.

Wendt selbst bedauerte die Absage: »Ich hätte es wichtig gefunden, darzustellen, wie die Polizei die unschöne Seite der aktuellen Entwicklung erlebt.«

Die aktuelle Entwicklung, damit meint *Wendt* die Einwanderungs- und Integrationspolitik: »Bei der Polizei erleben wir eben nicht die schöne, gelungene Integration – und das gehört meiner Meinung nach zum Thema dazu.«

Daß eine solche Meinung an einer Universität von vornherein

als »nicht erwünscht« gelte, fände er »gruselig«: »Wenn man an deutschen Universitäten nur noch darüber diskutieren darf, ob man links, halb links oder ganz links ist, dann gibt es keinen Dialog mehr.«

Ein widerliches Postengerangel

Es ist das übliche Ritual: Bei Koalitionsverhandlungen wird von allen beteuert, daß man zuerst überhaupt nur über die Streitthemen verhandele. In Wahrheit aber denken alle Beteiligten nur an eines: welchen Posten sie ergattern können.

Bestes Beispiel: die Grünen. Kaum hatten die sogenannten Sondierungsgespräche begonnen, meldete die Presse, sie hätten für sich einen zweiten Vizekanzler gefordert. Natürlich folgte dann ein offizielles Dementi.

Ähnlich die FDP, die verklausuliert den Anspruch auf das Finanzministerium anmeldete.

»Beim Anblick der AfD-Abgeordneten im neuen Bundestag hatte ich ein Gefühl, das ich bei Spinnen empfinde. Sobald ich eine Spinne sehe, laufe ich kopflos aus der Wohnung.«

F.J. Wagner, Bild-Kommentator, 25.10.2017

Das Tröstliche an der »Vizekanzler«-Posse ist, daß es diesen Posten gar nicht gibt. Laut Grundgesetz gibt es lediglich einen »Stellvertreter«, der vom Kanzler oder der Kanzlerin aus dem Kreis der Minister ernannt wird und im Falle einer Verhinderung die Amtsgeschäfte übernimmt.

Wie also zwei gleichberechtigte »Stellvertreter« einer mühsam

zusammengekungelten Koalition unterschiedlicher Parteien den Kanzler vertreten sollten, ist schleierhaft.

Aber Hauptsache: Posten!

Und wenn der Meinungspapst der *Bild* beim Anblick von Spinnen das Gefühl hat, weglaufen zu müssen, haben viele mündige Bürger dieses Gefühl auch, wenn sie solches Postengerangel erleben müssen.

Armut bei Kindern



Mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland lebt laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung länger als fünf Jahre in armen Verhältnissen. Für zusätzlich zehn Prozent der Kinder in der Bundesrepublik ist Armut nach der Untersuchung ein zwischenzeitliches Phänomen. »Kinderarmut ist in Deutschland ein Dauerzustand. Wer einmal arm ist, bleibt lange arm. Zu wenige Familien können sich aus Armut befreien«, so Stiftungsvorstand *Jörg Dräger* zum Ergebnis der Studie.

Als armutsgefährdet gelten Kinder, die in einem Haushalt leben, der über weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens verfügt oder vom Staat eine Grundsicherung erhält.

Die Grundversorgung sei in der Regel gewährleistet, aber die Betroffenen seien vom gesellschaftlichen Leben abgekoppelt, darunter fallen Kinobesuche, Freunde einladen, Computer mit Internetzugang oder eine ausreichend große Wohnung.

Ist das das Land, »in dem wir gut und gerne leben«?

NACHBESTELLEN UND WEITERGEBEN!

»Jagen« dürfen nur die anderen

Wenn zwei das Gleiche sagen, ist es noch lange nicht dasselbe. Groß war die Aufregung, als *Alexander Gauland* nach dem Einzug der AfD in den Bundestag formulierte:

»Da wir ja nun offensichtlich drittstärkste Partei sind, kann sich diese Bundesregierung, die gebildet wird, wie immer sie aussieht, sie kann sich warm anziehen. Wir werden sie jagen, wir werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen – und wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.«

Wenn man allerdings ein wenig in den Archiven stöbert, stellt man fest, daß seit Jahrzehnten »Demokraten« und Medien Politiker »jagen«, wie nachstehende Beispiele zeigen:

Die Welt schrieb am 13.1.2016 über die Vorfälle in der Silvesternacht vor dem Kölner Hauptbahnhof: »Die Opposition jagt Jäger und will die Krise in der Sicherheitspolitik auch der Ministerpräsidentin anlasten.«

Die **Stuttgarter Zeitung** kommentierte das Aufstreben der FDP nach dem Dreikönigstreffen am 7.1.2016: »Auf dem Rezeptzettel des neuen Hoffnungsträgers der FDP steht in großen Lettern: "Wir werden die Regierung jagen!"«

Die **Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung** berichtete über den grünen Tübinger Oberbürgermeister *Boris Palmer* am 25.11.2007 mit den Worten: »Er wünscht sich, daß die Grünen mit ihren Pfunden wuchern. Strompreise, Kohlekraftwerke, sparsame Autos – Themen gebe es genug. Man müsse die Bundeskanzlerin jagen und an ihren Versprechungen messen.«

Die **Süddeutsche Zeitung** schrieb am 20.11.2006: »Hessens SPD möchte den Ministerpräsidenten jagen.«



Die Welt schrieb am 19.10.2003: »*Vincent Kokert*, Vorsitzender der Jungen Union und Landtagsabgeordneter, bemängelt die innerparteiliche Demokratie. "Die Leute an der Basis fragen doch, ob wir was an der Rübe haben. Statt des Streits um Personen müsse man sich endlich wieder den Sachthemen widmen, und die Regierung jagen."«

Die **Süddeutsche Zeitung** kommentierte am 19.9.2000: »Strategietreffen der Union: Wer den Jäger spielen will, aber selbst gejagt wird, läuft zu schnell. Merkel will die Schröder-Regierung jagen und wird selbst gejagt, von Kohl und seinen Freunden, die neu an Stärke gewinnen.«

Die **Süddeutsche Zeitung** am 22.12.1999: »Die CSU rechnet es sich als ihr Verdienst an, vor einem Jahr die CDU aus tiefer Depression nach der verlorenen Wahl geweckt und zur erfolgreichen Jagd auf die Regierung getragen zu haben.«

Bild am 13.3.1998: »Scharpings Stellvertreter im Bundestag, *Peter Struck*, verkündete zu Beginn der Legislaturperiode: Wir werden die Regierung jagen!«

Auch in der **Berliner Zeitung** vom 9.11.1996 wurde »gejagt«: »*Dagmar Enkelmann* (PDS) kritisierte

dabei vor allem die SPD. "Die Opposition könnte wirksamer sein und die Regierung jagen, wenn sich die SPD den Umgang mit der PDS nicht ständig von der Union vorgeben ließe."«

Die **Berliner Zeitung** vom 21.10.1996 bedauerte, daß die Jagd nachließ: »Auch die SPD mag öffentlich darüber nicht spekulieren. Nach den vollmundigen Ankündigungen vor zwei Jahren, die Regierung jagen zu wollen, ist sie vorsichtig geworden.«

Der frühere Finanzminister *Hans Apel* (SPD) ermunterte in der **Bild** am 2.7.1995 zur »Jagd«: »Eine große Partei wie die SPD darf sich nicht in der Opposition häuslich einrichten. Sie muß die Koalition jagen, auch, um sie zu besseren Leistungen zu treiben.«

Bild am 18.10.1994: »Scharping gibt die Marschroute vor: "Wahl zum Oppositionschef, die Arbeit der Fraktion neu organisieren und dann die Koalition jagen."«

DER SPIEGEL am 17.10.1994: »"Das wird ein fröhliches Regieren", spottet Fischer. Und Grünen-Sprecher *Ludger Volmer* tonte am Wahlabend: "Wir werden den Kanzler jagen."«

Wie man sieht, alles schon dagewesen – Aufregung völlig überflüssig!

Der Volkstrauertag verkommt zum Schmierentheater

Die Meinungszensoren schäumten, als *Alexander Gauland* auf einer Veranstaltung des Kyffhäuserbundes am 2.9.2017 in Thüringen sagte, »und deshalb, liebe Freunde, haben wir auch das Recht, uns nicht nur unser Land, sondern auch unsere Vergangenheit zurückzuholen. Wenn die Franzosen zu Recht stolz auf ihren Kaiser sind und die Briten auf Nelson und Churchill, haben wir das Recht, stolz zu sein auf die Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen«.

Eine Aussage, die in jedem Land dieser Welt als Selbstverständlichkeit angesehen würde, bzw. gar keiner Erwähnung bedürfte, da das Gedenken an die Opfer von Kriegen ein Kulturmerkmal aller Völker ist.

Dies war auch in Deutschland der ursprüngliche Sinn, als im Jahr 1922 der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge den Volkstrauertag als Ehrentag für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges einführte. Pflichtschuldigt wird in den Medien darauf hingewiesen, daß nach 1933 der Volkstrauertag zum »Heldengedenktag mißbraucht« wurde. Egal wie man dazu stehen mag, eins ist sicher: Die gefallenen deutschen Soldaten und die Zivilopfer wurden nicht diffamiert oder noch im Tod durch wirre Gedenkreden beschmutzt.

1950 wurde der Volkstrauertag wiederbelebt und findet seit 1952 immer am Sonntag zwei Wochen vor dem ersten Advent statt – zum Gedenken der Opfer der Weltkriege sowie als Mahnung für die nachfolgenden Generationen.

Je erfolgreicher die Umerziehung in den folgenden Jahrzehnten in den Köpfen stattfand, umso dreister wurde die Geschichte

Sehr geehrter Herr Generaloberst!

Einer Anregung nachkommend teile ich mit, daß die von mir in meiner Rede vom 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag abgegebene Ehrenerklärung für die Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht auch die Angehörigen der Waffen-SS umfaßt, soweit sie ausschließlich als Soldaten ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
bin ich Ihr



(Adenauer)

umgelogen. *Konrad Adenauer* konnte noch, ohne von der veröffentlichten Meinung »hingERICHTET« zu werden, im Bundestag am 3.12.1952 sagen: »*Ich möchte heute vor diesem Hohen Hause im Namen der Bundesregierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Namen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen. Es muß unsere gemeinsame Aufgabe sein, und ich bin sicher, wir werden sie lösen, die sittlichen Werte des deutschen Soldatentums mit der Demokratie zu verschmelzen*«.

Am 17.12.1952 schrieb *Adenauer* an den Sprecher der Angehörigen der Waffen-SS, Generaloberst a.D. Paul Hausser, die oben abgebildeten Zeilen.

Heute undenkbar! Nachdem die Erlebnisgeneration zunehmend verstirbt oder verständlicherweise resigniert, können die von Weizsäcker, die Reemtsmas oder die von der Leyens ihre kruden, wirren und die Geschichte umdeutenden Theorien verbreiten. Die Hexenjagd auf alle deutschen soldatischen Traditionen wird auf die Urheber zurückfal-

len. Es ist die pure Angst, die die Geschichtsfälscher umtreibt. Der Vorwurf der Alleinkriegsschuld Deutschlands am Ersten und Zweiten Weltkrieg wird zerreißen.

Nicht nur wegen der Migrantfrage verlieren die Menschen das Vertrauen in die Politik – sondern wegen der Täuschungen und Lügen der letzten 70 Jahre. Dies gilt auch für das Gedenken an die Toten der beiden Weltkriege.

Die offiziellen Veranstaltungen zum Volkstrauertag sind zur Pflichtübung und leider auch in vielen Fällen zum Schmierentheater verkommen.

Umso wichtiger ist es, daß wir der Millionen gefallener Soldaten, gemordeter Frauen und Kinder und durch Bombenterror verbrannter Zivilisten gedenken. Unsere Gedanken sind auch bei den Soldaten der Bundeswehr, die im Auftrag fremder Interessen ihr Leben ließen.

Wenn die Geschichte schon lange über unsere Politikerdarsteller hinweggegangen sein wird, werden folgende Generationen das Andenken an unsere Soldaten und an die Opfer der deutschen Zivilbevölkerung am Leben erhalten.

Das Ende des Bargelds?

Der Finanzelite steht das Wasser bis zum Hals. Daher wird mit allen Mitteln versucht, den bereits im Gange befindlichen Zusammenbruch hinauszuzögern. Eines dieser Mittel ist der Versuch der Abschaffung des Bargeldes, mindestens jedoch die drastische Einschränkung von Barzahlungen.



»Das Problem der Banken ist, daß sie jederzeitige Auszahlung von Giro Guthaben versprechen, das sie aber nur halten können, wenn wenige davon Gebrauch machen. Denn sie können zwar nach Belieben Girogeld schaffen, aber selbst kein Bargeld drucken. Gibt es kein Bargeld mehr, muß das Bankensystem insgesamt seine Schulden bei Einlegern nie mehr begleichen. Das Geld wird im Bankensystem eingesperrt. Es kann zwar von einer Bank zur anderen transferiert werden, das Bankensystem aber nicht mehr verlassen«, erklärt der Ökonom und Wirtschaftsjournalist Norbert Häring in einem Gespräch mit den Deutschen Wirtschafts Nachrichten (DWN).

Der Weltwährungsfonds IWF beschäftigt sich in seinem »IMF Working Paper« vom 27.3.2017 mit dem »de-cashing« der Wirtschaft. In dem 26-seitigen Papier wird Regierungen von den Verfassern geraten, den Weg über die Privatwirtschaft zu gehen, damit sich kein Bürgerzorn gegen sie erhebt. Die Privatwirtschaft soll elektronisches Bezahlen nach und nach einfacher und günstiger machen, während sie gleichzeitig Barzahlungen verteuern und erschweren soll. Auf diese Weise könnten die Bürger »freiwillig« zu einem Umstieg bewegt werden.

»Das läuft seit Jahren und ist erklärtes Programm. In Deutschland ist der Widerstand besonders groß, deshalb wird hier langsam und vorsichtig vorgegangen, so wie das Anfang des Jahres die Autoren eines IWF-Papiers empfohlen haben. Versuchen Sie mal größere Bargeldbeträge von Ihrem Bankkonto abzuheben, wie Ihnen das eigentlich zusteht. Ich empfehle es nicht. Schon wenn Sie häufiger über tausend Euro abheben, oder – noch schlimmer – ein bißchen weniger als tausend Euro, könnte Ihnen das Konto gekündigt werden, weil Sie in Geldwäscheverdacht geraten. Den Händlern wird der Umgang mit Bargeld verleidet, indem es mit absurden Regeln immer teurer gemacht wird. In weiten Teilen Europas gibt es bereits Obergrenzen für Barzahlungen. Die halte ich übrigens für europarechtswidrig, weil Euro-Banknoten das gesetzliche Zahlungsmittel im Euroraum sind. Ein Staat darf doch den Bürgern nicht verbieten, mit dem gesetzlichen Zahlungsmittel der EU zu bezahlen. In Griechenland zahlt man inzwischen schon eine Steuerstrafe, wenn man zu viel bar bezahlt, und man muß Bargeld anmelden, das man zu Hause hat.«

In anderen europäischen Ländern steht dieses Thema mehr im Fokus der Öffentlichkeit. Der österreichische Rundfunk ORF

berichtete am 13.7.2017, daß EU-Finanzkommissar Pierre Moscovici eine Bargeld-Abschaffung vorantreiben wolle:

»Eine Abschaffung von Bargeld wäre "absurd", hat der Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), Ewald Nowotny, gestern in Brüssel bekräftigt. [...] Nowotny sagte, bei Bargeld werde immer die Möglichkeit für kriminellen Mißbrauch hervorgehoben. Es gehe aber auch darum, Kosten

und Nutzen gegeneinander abzuwägen. "Ich werde einen Mißbrauch wie bei vielen anderen Dingen nie völlig vermeiden können." Auch "eine generelle Beschränkung der Verwendung von Bargeld ist nicht sinnvoll".«

Die Vollversammlung der IHK Gießen-Friedberg weist ausdrücklich darauf hin, daß Bargeld – also Scheine und Münzen – gelebte Freiheit darstellt, da es die Privatsphäre von Verbrauchern schützt.

Barzahlungen bieten dem Bürger überdies Datenschutz, da sie keine individuell zuzuordnenden Spuren hinterlassen. Bargeld schützt aber auch vor Negativzinsen. Denn sollten Staat und Banken flächendeckend Negativzinsen einführen, wird es für die Bankkunden attraktiver, das Geld in bar zu halten. Würde Bargeld abgeschafft, könnten die Negativzinsen in beliebiger Höhe durchgesetzt werden. Und drittens ist die geplante Bargeldobergrenze eine unglaubwürdige und ungeeignete Maßnahme, um kriminelle Geldwäsche und andere illegale Geldgeschäfte wirksam zu begrenzen. Geldwäscher werden Ausweichhandlungen finden. Aber noch viel schlimmer: Rechtschaffene Bürger werden mit dem Stigma versehen, kriminell zu sein.

IHK Gießen-Friedberg, März 2016

Eurobonds = Staatsanleihen

»Eurobonds« klingt so schön exotisch und unverständlich – und genau dies ist auch beabsichtigt. Wenn man etwas zu verschleiern hat, wird ein englischer Begriff in Umlauf gebracht und die Verwirrung ist perfekt. Wer jetzt noch bei »Bond« an *James Bond* denkt kommt der Wahrheit sehr nahe, denn es wird abenteuerlich.

Bleiben wir aber erst einmal bei dem guten deutschen Wort »Staatsanleihen«. Da steckt nämlich für alle verständlich das Wort »Leihen« drin. Genau dies geschieht bei den Staatsanleihen: Der Staat leiht sich für eine bestimmte Dauer und zu einem festgelegten Zinssatz Geld von Anlegern, um damit seinen Pflichten nachkommen zu können. Oder ganz banal ausgedrückt, er macht Schulden, da er mit den eingenommenen Steuern nicht seriös haushaltet.

Wie auch bei Otto Normalverbraucher üblich, prüft der Geldgeber erst einmal, ob der Schuldner auch in der Lage ist, die Zinsen zu zahlen und den Kredit nach der vereinbarten Zeit zu tilgen.



Foto: Annika Haas (EU2017EE) / CC BY 2.0 (Ausschnitt)

Südeuropäischen Länder wie Griechenland, Portugal, Spanien, aber auch Frankreich, haben in den vergangenen Jahrzehnten kräftig über ihre Verhältnisse gelebt und am Kapitalmarkt immense Schulden angehäuft. Dies bedeutet wiederum, daß neues oder frisches Geld für diese überschuldeten Staaten nur gegen hohe Zinsen zu haben ist, wenn ihnen überhaupt noch Kredit gewährt wird, da sie ein hohes Risiko für die Geldgeber darstellen. Jetzt kommen wir Deutschen ins Spiel: Dank unserer Wirtschaftskraft und der im Vergleich zu den anderen Ländern »überschaubaren« Staatsverschuldung wird uns das Geld »aufgedrängt«. Der Kapitalmarkt hält Deutschland für

so seriös, daß sogar auf Zinsen verzichtet wird.

Um nun auch in den Genuß der billigen Kredite zu kommen, haben sich unsere »Freunde« in Brüssel den »Eurobond« ausgedacht. Die hoch verschuldeten Länder nehmen nicht mehr für sich alleine teures Geld auf, sondern alle Eurostaaten zusammen geben Anleihen (Eurobonds) heraus. Damit wird für die maroden Staatshaushalte das geliehene Geld billiger, aber für Deutschland und einige andere Länder spürbar teurer. Dies ist aber nur einer der Minuspunkte.

Wenn es nämlich an die Rückzahlung der Kredite geht, haften wir für die Schulden der anderen Eurostaaten. Das Risiko ist unabsehbar, da die Haushaltsdisziplin speziell der südeuropäischen Staaten hinlänglich bekannt ist. Der schlaue *Macron* reibt sich schon jetzt die Hände, wenn er sich ausmalt, wie Deutschland für französische Kredite gerade stehen muß.

Eurobonds sind nichts anderes, als die Schulden einzelner Länder auf alle umzuverteilen – und der Verlierer steht jetzt schon fest.

Liebe Leser, ganz privat:

Abschwören oder ausgestoßen?

Man fühlt sich, als ob man in einem Zeitsprung um 500 Jahre zurückversetzt würde: Im Mittelalter wurde man verbannt, verbrannt oder ausgestoßen, wenn man der herrschenden Lehre widersprach.

Der aus Steuergeldern mitfinanzierte Sozialverband »Arbeiterwohlfahrt« (AWO) probt heutzutage den Rückfall in dieses Mittelalter:



Der ehemals gestandene SPD-Mann *Guido Reil*, ein Bergmann, der die Sprache des Volkes spricht, trat aus Enttäuschung über die Politik seiner Partei zur AfD über und wurde wegen seiner unverblühten Ansprachen landesweit bekannt. Das

Bundesschiedsgericht der AWO schloß ihn daraufhin wegen seiner Bemerkungen zu Flüchtlingen für vorerst ein Jahr aus der aktiven Mitgliedschaft aus, wie die Presse am 17.10.2017 meldete.

Der 47-jährige *Reil* habe sich »kritisch über die Integrationsfähigkeit von Menschen aus arabischen Kulturen geäußert«. *Reil* könne den endgültigen Ausschluß verhindern, entschied die AWO, »wenn er seinen Ansichten abschwöre«.

Willkommen im Mittelalter, liebe Leser! Denken Sie daran, wenn Ihnen vor Weihnachten wieder eine klimpernde Sammelbüchse der AWO vor die Nase gehalten wird!

Ihre UN-Mitarbeiter

Asyl: Neue EU-Regeln in Vorbereitung



Am 19.10.2017 wurden dem EU-Parlament Änderungen am Dublin-Abkommen vorgelegt. Mit den neuen Regelungen könnten die Mitgliedsstaaten zur Aufnahme von Migranten gezwungen werden – auch gegen den Willen ihrer Bürger.

EU-Staaten, die die Aufnahme von Menschen in unbegrenzter Höhe verweigern, könnten von der Vergabe von Fördermitteln der EU ausgeschlossen werden.

Einige neue Regeln:

- Ein Asylbegehrer muß nicht mehr in dem Land einen Antrag stellen, in dem er die EU betreten hat.
- Wünsche der Asylbegehrer hinsichtlich ihres bevorzugten Landes werden berücksichtigt.

Dabei können sie unter vier Ländern wählen, die bisher die wenigsten Migranten aufgenommen haben.

- Haben die Antragsteller Angehörige oder »sonstige Beziehungen« zu einem Staat, dann sollen sie in dieses Land gebracht werden, um »Wanderbewegungen« zu vermeiden und eine bessere Integration zu ermöglichen.
- Haben sie keine derartige direkte Beziehung zu einem Land, werden sie automatisch einem Land zugewiesen. Dieses Land ist dann für das Asylverfahren zuständig. Die Fingerabdrücke sollen dort genommen werden und mit internationalen Datenbanken wie Europol abgeglichen werden.
- Asylanträge können zukünftig auch für ganze Gruppen von bis zu 30 Personen in Europa gestellt werden. Damit erhalten sie das Recht, von Bekannten oder von Menschen ihrer Heimatstadt umgeben zu sein, oder von jemandem, den man auf dem Weg nach Europa kennengelernt hat.

»Bezeichnend ist erneut, daß Deutschlands Medienlandschaft weitestgehend zu dieser geplanten Veränderung schweigt. Nach der neuen Regelung können sich die Neuankömmlinge ihr Lieblingsland, in dem sie leben wollen, unter vieren aussuchen. Keine Frage, daß Deutschland mit seinen ausufernden sozialen Leistungen auf dem Wunschzettel ganz oben stehen dürfte.

Wenn nun zudem UNICEF vor einer bevorstehenden Massenflucht aus Afrika warnt, muß man nur eins und eins zusammenzählen, um sich auszumalen, wie Europa und insbesondere Deutschland in einigen Jahren aussehen werden. Oswald Spenglers Buch "Untergang des Abendlandes" aus dem Jahr 1922 wird so schneller Realität, als Pessimisten es je befürchteten.«

André Barth,
Geschäftsführer der AfD-Fraktion
im sächsischen Landtag

SEPA-Lastschriftmandat

Gläubiger-Identifikationsnummer: **DE45ZZZ00000086750**; Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt
Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Vorname und Name (Kontoinhaber) _____

Name des Kreditinstituts _____

BIC (SWIFT) _____

IBAN _____

Dieses Mandat gilt nur für nebenstehende Einzugsermächtigung.

Für die Vorankündigungen (»Prenotification«) der Lastschriften gilt eine verkürzte Frist von 2 Kalendertagen.

Datum, Unterschrift _____

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige den Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., folgende Beträge mittels Lastschrift von meinem Konto einzuziehen:

Betrag: _____ Euro

- einmalig jährlich
 halbjährlich zweimonatlich
 vierteljährlich monatlich

ab (Datum): _____

Datum, Unterschrift _____

Hinweis: Diese Einzugsermächtigung kann nur mit einem gültigen SEPA-Lastschriftmandat ausgeführt werden.

U-Boote an Israel: Erst eins, dann zwei – jetzt sind es neun!

Und wieder einmal 540 Millionen Euro!

Vor dem »Hintergrund der historischen Verantwortung gegenüber Israel« sind es nun schon neun modernste U-Boote für Israels Flotte, die vom deutschen Steuerzahler mitfinanziert wurden bzw. werden.

Am 23.10.2017 gab Regierungssprecher *Steffen Seibert* bekannt, Deutschland werde sich an der Beschaffung drei weiterer U-Boote mit maximal 540 Millionen Euro beteiligen.

Fünf solcher U-Boote, die mit Nuklearsprengkörpern bestückt werden können, wurden schon aufgrund früherer Verträge bezuschußt, ein sechstes soll 2021 geliefert werden. Der neue Auftrag umfaßt drei U-Boote, die im Jahre 2027 die älteren ablösen sollen.

**Deutsche »Friedenspolitik« heute -
Rentner opfern für einen guten Zweck:**

Statt einer Rentenerhöhung U-Boote für Israel



Titelseite der UN 8/1999 (Ausschnitt)

Die Bundesregierung habe diesem neuesten Auftrag mit einer Bundesbeteiligung von 30 Prozent der Kosten als »Beitrag der Bundesrepublik am Schutz und der Existenz des Landes« zugestimmt.

In letzter Minute ...!

Bemerkenswert ist der Zeitraum, in dem diese Entscheidung offenbar gefallen ist – eine Zeit ohne Plenarsitzungen, in denen eine funktionierende Opposition unbequeme Fragen hätte stellen können.

Verrottete Straßen, baufällige Brücken, vergammelte Schulen, Unterrichtsausfall wegen Lehrermangels, massenweise Schüler, die in der vierten Klasse noch nicht lesen, schreiben oder rechnen können, Städte, die mit den Flüchtlingskosten überfordert sind, lauthals beklagte Kinderarmut im »reichsten Land« Europas – all das war unserer abgewählten Regierung wohl nicht so wichtig.

Viele Aufgaben warten auf eine echte Opposition im neuen Bundestag, wenn sie denn eine echte ist!

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - überweise ich auf nebenstehendes Konto.

Name/Anschrift: _____

Geb. am/Beruf: _____ Telefon: _____

Ihre UN-Anschriftenummer, falls bekannt: _____

(Falls Sie von uns schon Sendungen mit aufgedruckter Adresse bekommen haben, finden Sie diese Nummer direkt über Ihrer Anschrift zwischen ## und #)

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantwortw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen! Alle Texte dürfen, möglichst mit Quellenangabe, weiterverbreitet werden.

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen